

Hintergründe, Analysen und Kritik – Recherchen des **AK Bildungsperspektiven**

Bürger, boykottiert Bertelsmann!

Die flächendeckende Einführung von Studiengebühren in Deutschland geht in entscheidendem Maße auf die wirtschaftspolitische Lobbyarbeit des **Bertelsmann-Konzerns** zurück. Als eines der größten Medienimperien der Welt, zu dem unter anderem die Zeitschriften **Spiegel**, **Stern** und **Capital**, die **RTL-Sendergruppe**, das **Musiklabel BMG** sowie etliche **Buchverlage** gehören, setzt sich das Gütersloher Unternehmen seit geraumer Zeit für eine umfassende Liberalisierung des Bildungswesens ein. Hierbei verfolgt es das Ziel, neue Märkte zu erschließen und geistiges Eigentum gewinnbringend zu veräußern. Um sich auf dem globalen Bildungsmarkt, der – einmal privatisiert – ein geschätztes Volumen von 2200 Mrd. US-Dollar pro Jahr besitzt, bestmöglich zu positionieren, hat Bertelsmann eine Reihe von sogenannten *think tanks* (engl. Gedankenfabriken) ins Leben gerufen. Darunter befindet sich etwa das 1994 gegründete **Centrum für Hochschulentwicklung (CHE)**, das durch kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit, fragwürdige Universitätsrankings oder tendenziöse Umfragen massiv auf die hochschulpolitische Diskussion in der BRD einwirkt. Mit einem Jahresetat von knapp 3,2 Mio. Euro, der zu 75 % von der **Bertelsmann-Stiftung** und zu 25% von der **Hochschulrektorenkonferenz (HRK)** stammt, ist es ihm möglich, sich als "Reformwerkstatt" in der deutschen Universitätslandschaft zu inszenieren. Sein Leitbild ist die "**Idee der entfesselten Hochschule**", die autonom, grenzüberschreitend und technologisch fortschrittlich allein betriebswirtschaftlichen Interessen folgen soll. Dementsprechend hat das CHE wiederholt die Vernetzung des Großkapitals mit den Universitäten gefordert und Konzepte für die Erhebung von Studiengebühren vorgelegt – insbesondere für das **elternunabhängige Kreditmodell**, wie es jetzt in **Hessen** geplant ist. Seine diversen Vorschläge verfolgen die Absicht, die Studierenden zu **zahlenden Kunden** zu degradieren und die Hochschulen für **private Investoren** profitabel zu machen. Um solchen Strategien entgegenzutreten, sollte man aber nicht nur die neoliberalen Tendenzen in der Politik bekämpfen, sondern auch die wahren Urheber der Gebührendebatte zur Rechenschaft ziehen. Deshalb ist es nötig, die Öffentlichkeit über die **Meinungshoheit des Bertelsmann-Konzerns** aufzuklären sowie zum **Boykott** seiner Produkte und Dienstleistungen aufzurufen.

Juli 2006



Wöchentliches Treffen:
donnerstags, 18h
ASa Gießen
Otto-Behagel-Straße 25d
0641/99-14800

<http://www.akbp.de.vu>